

Wirtschaft

Überall schnelles Internet bis 2018

Noch verzögert der Streit mit Ländern und Kommunen den Ausbau des schnellen Internets in Deutschland. Nun will der Verkehrsminister einige Regeln anpassen.

Jch. FRANKFURT, 27. September. Bis das schnelle Internet ganz Deutschland erreicht, dauert es noch. Die Milliardenförderung der Bundesregierung wartet auf den Startschuss. Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) beseitigt nun seinen Plan zum Breitbandausbau nach, mit dem die Regierung etwa 2 Milliarden Euro in den kommenden drei Jahren vergeben will. Damit soll die digitale Infrastruktur dort ausgebaut werden, wo sich dies privatwirtschaftlich nicht rechnet. Das dient dem Ziel der Regierung, bis 2018 Internetgeschwindigkeiten von mindestens 50 Megabit je Sekunde in ganz Deutschland verfügbar zu machen. Nach Informationen dieser Zeitung hat das Verkehrsministerium den Entwurf für die Richtlinie geändert, der die Vergabe regelt, und ein Punktesystem (Scoring-Modell) entwickelt, das die eingereichten Projekte nach ihrer Förderfähigkeit bewertet.

Dobrindt geht damit jedenfalls zum Teil auf den Widerstand mehrerer Bundesländer und der Landkreise ein. Die Bundesländer planen eigene Förderprogramme, wofür sie wie der Bund etwa 700 Millionen Euro aus der Mobilfunkfrequenz-Auktion erhalten. Einige Bundesländer hatten ein Förderwettbewerb sowie fehlende Mitsprachemöglichkeiten beklagt (F.A.Z. vom 17. September). „Die Breitbandziele können nur erreicht werden, wenn sich die Beteiligten eng abstimmen“, sagte der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD). Nun sieht der Entwurf der Richtlinie von Dobrindt vor, dass Bund und Land einen Antrag erörtern, wenn das Bundesministerium eine Maßnahme fördern möchte, die das Land jedoch nicht für förderfähig hält. Ingegnen bleibt die Vorgabe für die Internetgeschwindigkeit von 50 Megabit in der Sekunde. Einige Länder forderten, als Zwischenziele auch Geschwindigkeiten von 30 Megabit in der Sekunde zu fördern.

Der Streit entzündet sich auch an der Frage, wie der Staat das schnelle Internet



Ausbau jetzt: Ein Arbeiter verlegt im bayerischen Deggendorf Glasfaserkabel.

Foto Photothek

am besten fördert. Im Zuschussmodell zahlt der Staat einen festen Betrag an ein privates Unternehmen für das Breitbandangebot in einer Region, das sich andernfalls nicht rechnet. Dobrindts Entwurf sieht hierfür nun einen einmaligen Zuschuss für den Betrieb über sieben Jahre vor, nachdem der Zeitraum zuvor zehn Jahren betragen sollte. Im Betreibermodell lässt die Kommune Internetleitungen verlegen und verpachtet diese an ein privates Telekommunikationsunternehmen. Im Zuschussmodell werden häufig Kupferleitungen ertüchtigt, während im Betreibermodell teure Glasfasernetze verlegt werden. Befürworter des Zuschussmodells wie die Deutsche Telekom heben hervor, dass die Kosten in der Regel geringer sind und dies schneller erfolgen kann. Beobachter erwarten jedoch, dass in einigen Jahren ohnehin Glasfasernetze für höhere Internetgeschwindigkeiten nötig werden. Der Landkreistag sieht daher das Betreibermodell

trotz anfangs hoher Kosten als wirtschaftlicher an und tritt für die Staatsförderung beider Modelle ein. Dobrindt plant, sowohl das Zuschuss- als auch das Betreibermodell mit in der Regel bis zu 50 Prozent zu fördern.

Die Grünen befürchten, dass der Breitbandausbau noch länger auf sich warten lässt. „Es rächt sich nun, dass die Ausarbeitung der Kriterien im stillen Kämmerlein des Infrastrukturministeriums so lange gedauert hat, denn die nun absehbaren Verzögerungen verkürzen den tatsächlichen Förderzeitraum dann noch zusätzlich“, sagte die grüne Bundestagsabgeordnete Tabea Rößler, die Fraktionssprecherin für digitale Infrastruktur ist. Im Oktober soll die Breitbandförderung ins Kabinett der Bundesregierung.

Welches Breitbandprojekt, deren Antrag die Kommunen stellen, die Bundesregierung unterstützt, darüber entscheidet ein Punktemodell aus dem Verkehrsministerium. Maximal sind 100 Punkte

zu sammeln. Für den Förderbedarf gibt es 25 Punkte: Eine geringe Einwohnerdichte und viele langsame Internetanschlüsse verbessern die Aussicht. Für den Projekterfolg, der ausgerichtet auf das Ziel 2018 ist, sind es maximal 28 Punkte: Je mehr Breitbandanschlüsse entstehen und umso weniger weiße Flecken einer Internetanbindung bestehen bleiben, um so höher ist die Punktzahl; allein für die Fertigstellung bis 2018 gibt es 10 Punkte. Für effizienten Mitteleinsatz werden 25 Punkte vergeben, wenn ein höherer Finanzierungsanteil von den Ländern oder aus privater Hand kommt und wenn die durchschnittlichen Kosten je Anschluss gering sind. Unter Nachhaltigkeit sind 22 Punkte unter anderem für kommunenübergreifende Vorhaben, Internetgeschwindigkeiten von mindestens 100 Megabit in der Sekunde, die Länge neuer Glasfaserleitungen und der Befürwortung der Landesregierung vorgesehen.

Wie China seine Wirtschaftskraft ermittelt

Forscher: Auf die Nachkommastelle würde ich nicht schauen

Jpen. FRANKFURT, 27. September. Kaum eine andere Frage treibt die Weltwirtschaft so um wie die nach der Stärke der chinesischen Wirtschaft. Glaubt man den offiziellen Zahlen, dann lief zumindest im ersten Halbjahr 2015 alles nach Plan: Mit exakt 7 Prozent Wirtschaftswachstum liegt die Volksrepublik haargenau auf dem von der Regierung angestrebten Wachstumskurs. Aber wie verlässlich sind diese von der nationalen Statistikbehörde NBS veröffentlichten Daten? Und wie werden sie überhaupt erhoben?

Carsten Holz, deutscher Sozialwissenschaftler an der Hongkong University of Science and Technology, beschäftigt sich seit mehreren Jahren mit Methode und Qualität der chinesischen Wirtschaftsstatistiken. „Sonderlich verlässlich sind die Zahlen nicht“, sagt er. So seien die Daten, die die NBS erhalte, relativ beschränkt. „Für die jährlichen BIP-Zahlen werden im Industriebereich lediglich Betriebe erfasst, die im Jahr mindestens 20 Millionen Renminbi, also etwa 2,8 Millionen

Dollar, Umsatz erwirtschaften“, erklärt der Forscher. Im Jahr 2013 hätten diese Schwelle rund 350.000 Betriebe im ganzen Land übertroffen. 30 bis 40 Prozent der Industriebeschäftigten in China würden jedoch in Unternehmen arbeiten, die kleiner sind und ihre Daten deshalb nicht regelmäßig melden müssen. Umfassende Umfragen, mit denen auch Kleinbetriebe (Straßenverkäufer, Reparaturbetriebe) erfasst werden, gebe es nur alle fünf Jahre. „Es werden zwar in der Zwischenzeit auch Stichproben unter kleineren Betrieben durchgeführt. Die sind aber nicht sehr transparent und auch nicht sehr häufig“, sagt Holz.

Erst kürzlich hat China Reformen für seine Wirtschaftsstatistiken angekündigt (F.A.Z. vom 10. September). Dabei geht es aber in erster Linie nicht um die Art und Weise, wie die Zahlen ermittelt werden, sondern um die Veröffentlichungspraxis. Künftig soll zum Beispiel am Ende des dritten Quartals nicht nur kumuliert bekannt gegeben werden, wie

stark die Wirtschaftsleistung von Jahresbeginn an zugelegt hat, sondern auch einzelne Zahlen für das zurückliegende Quartal. So will China kurzfristige Schwankungen besser sichtbar machen und sich internationalen Statistikstandards weiter annähern.

Strukturelle Schwierigkeiten würden davon unabhängig aber weiterbestehen, sagt Forscher Holz. So sei die für die Industrieunternehmen zuständige Abteilung in der nationalen Statistikbehörde vergleichsweise klein, der Anreiz für Unternehmen, nicht die korrekten Zahlen zu nennen, aber vergleichsweise groß. Denn in der Vergangenheit seien die monatlich von den Betrieben per Internet gemeldeten Daten öffentlich geworden, im Netz könne man eigentlich vertrauliche Dateien kaufen. „Da kann man dann nachlesen, wie viel Gewinne einzelne Unternehmen gemacht haben. Das hätte nie nach außen dringen dürfen“, sagt Holz. Je nach ihrer strategischen Wettbewerbssituation

könnten Manager einen Anreiz haben, zu hohe oder zu niedrige Daten zu nennen.

Trotz all dieser Einschränkungen hält der Forscher die offiziellen Daten für die besten verfügbaren Zahlen zur Wirtschaftsentwicklung Chinas. Von dem nach dem chinesischen Ministerpräsidenten benannten „Li-Keqiang-Index“, in dem zum Beispiel der Stromverbrauch und die Bahnfracht zu einem Indikator zusammengefasst werden, hält Holz wenig. „Dieser Indikator hat auch seine Schwächen. Man kann da vielleicht mal einen Trend herauslesen, aber insgesamt halte ich die offiziellen Zahlen für besser.“ Auf die Nachkommastelle würde Holz allerdings nicht vertrauen. Die Daten, die von den Behörden erhoben werden, ließen einen gewissen Spielraum – und da auch in den Statistikbehörden bekannt sei, welches Ziel politisch angestrebt wird, könne man an dieser Stelle nachjustieren. Grundsätzliche Zweifel seien jedoch nicht angebracht.

STANDPUNKT

Investition mit Risiken

Die Integration der Flüchtlinge ist eine gewaltige Aufgabe / Von Thomas Bauer und Christoph M. Schmidt

Deutschland steht bei der Integration der absehbar sehr großen Anzahl anerkannter Flüchtlinge vor einer gewaltigen Aufgabe. Sie erwächst aus unserer humanitären Verpflichtung zur Hilfeleistung und – anders als unsere Bemühungen um qualifizierte Arbeitsmigration – nicht aus wirtschaftlichem Kalkül. Doch in der aktuellen Flüchtlingsdebatte wird dieses Thema durch Erwartungen kurzfristig zu realisierender wirtschaftlicher Vorteile für Deutschland überfrachtet. SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann sieht einen Segen für die Rentenkasse. Wirtschaftsvertreter spekulieren auf Erholung beim Fachkräftemangel. Das alles weckt falsche Hoffnungen, die nur in Enttäuschung und schwindender Akzeptanz enden können.

Denn Schutzsuchende um Asyl und Arbeitsmigration sind zwei grundverschiedene Dinge, die strikt voneinander getrennt werden sollten. Diese Tatsache muss nicht nur bei der Bewilligung oder Ablehnung von Asylanträgen berücksichtigt werden, sondern auch bei den Erwartungen, die sich an die anerkannten Flüchtlinge richten. Es ist wenig realistisch, davon auszugehen, dass ein Mensch

unter Lebensgefahr aus seinem Land flüchtet, auf einer strapaziösen Tour das Mittelmeer überquert, durch halb Europa wandert und dann hier von heute auf morgen für den Arbeitsmarkt voll einsetzbar ist. Wer sich jetzt vom großen Flüchtlingsstrom eine Lösung für die durch den demographischen Wandel verursachten Zukunftsprobleme Deutschlands verspricht, setzt sich und der Öffentlichkeit die rosarote Brille auf.

Derzeit wird in der Öffentlichkeit viel über die Qualifikation und die Produktivität der Flüchtlinge spekuliert. Über diese Qualifikationen liegen jedoch bisher keinerlei gesicherte Informationen vor. Auch wären solche Informationen, wenn sie denn vorlägen, für allgemeine Aussagen weitgehend nutzlos, da sie keine Erkenntnisse darüber vermitteln, ob genau jene auf dem deutschen Arbeitsmarkt nachgefragt werden. Sicherlich ist eine hohe Qualifikation für eine schnelle Integration hilfreich. Am Ende ist jedoch entscheidend, ob das Wissen und die Erfahrungen, welche die Flüchtlinge in ihren Heimatländern gesammelt haben, auf dem deutschen Arbeitsmarkt verwertbar sind. Und da wird ein syrischer Straf-

rechtsanwalt im Zweifel größere Probleme haben als ein Kfz-Mechaniker.

Zur Ehrlichkeit in der Flüchtlingsdebatte gehört es darum, sich klarzumachen: Asyl ist vor allem eine humanitäre Hilfeleistung, die jenen gewährt werden sollte, die schutzbedürftig sind. Wirtschaftliche Überlegungen müssen dabei erst einmal in den Hintergrund treten. Das bedeutet andererseits auch, dass diejenigen, die nach den Kriterien für Schutzbedürftigkeit kein Asyl erhalten, nicht aus politischer Zughaftigkeit oder aus wirtschaftlichen Überlegungen trotzdem im Land bleiben dürfen. Wenn wir den anerkannten Flüchtlingen eine angemessene Hilfe zukommen lassen und die derzeit vorherrschende Willkommenskultur erhalten wollen, müssen klare Regeln gelten und durchgesetzt werden.

Würde der Aufenthalt eines abgelehnten Asylbewerbers aus wirtschaftlichen Gründen akzeptiert, wäre nicht nur diese Willkommenskultur gefährdet. Man würde auch Anreize setzen, die Asylregeln zur Arbeitsmigration zu missbrauchen. Nicht zuletzt die OECD hat Deutschland eine sehr liberale Zuwanderungspolitik gegenüber Fachkräften attestiert. Aus-

schließlich über diese bereits existierenden liberalen Regelungen sollte die Zuwanderung von Arbeitskräften erfolgen.

Das ändert nichts an der Tatsache, dass wir schnell und zielgerichtet die Integration anerkannter Flüchtlinge in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt vorantreiben müssen. Dann könnte am Ende die humanitäre Hilfe gleichzeitig eine lohnende Investition in die Zukunft Deutschlands sein. Man sollte jedoch nicht verkennen, dass diese Investition mit erheblichen Risiken verbunden ist. Ob das Geld am Ende als Hilfsleistung verbucht werden muss oder im Rückblick eine erfolgreiche Investition darstellt, liegt an uns. Was zählt, sind Tatkraft und Geduld. Dann können wir aus dieser Krise eine Chance machen. Wir haben in Deutschland mehr als einmal gezeigt, dass wir mit erheblicher Zuwanderung erfolgreich umgehen können.

Thomas Bauer ist Vize-Präsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) und im Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration.

Christoph Schmidt ist RWI-Präsident und Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung („Wirtschaftsweise“).

Briefe an die Herausgeber

Bonner Oberklasse

Zu „Bonner Junge“ (F.A.Z. vom 15. September): In der Bundesstadt Bonn wurde der Kandidat der CDU, Ashok-Alexander Sridharan, in Bonn geborener Sohn einer Bonnerin, in Bonn aufgewachsen und studiert, praktizierender Katholik, Familienvater und Karnevalist, im ersten Wahlgang zum Oberbürgermeister gewählt. „Bönnscher“ geht's kaum. Allerdings: Sein Vater kam als Inder in die Bundeshauptstadt Bonn – wenn auch als Diplomat hochqualifizierter Angehöriger der indischen Oberklasse.

Gleich am nächsten Morgen arbeitete sich ein Journalist im WDR-3-Hörfunk („Zwischenruf“) nicht etwa daran ab, dass nach langer Durststrecke wieder einmal ein Kandidat der CDU zum Oberbürgermeister einer Großstadt gewählt wurde, sondern mit dem Aufmacher „Kinder statt Inder (Rüttgers)“ an dessen „Migrationshintergrund“. Dem tut es nun der Journalist Reiner Burger in Ihrer Zeitung gleich: „Erstmals wird ein Politiker mit Migrationshintergrund Oberbürgermeister einer deutschen Stadt.“

Diesen Begriff mit allen seinen latent wirksamen semantischen Implikationen

auf den neuen Oberbürgermeister, der in seinem Leben gerade einmal von Bonn nach Königswinter und zurück migriert ist, zu beziehen macht die wohl unwillkürliche, jedenfalls aber unkritische Verfangenheit im Zeitgeist deutlich.

Der biologische Begriff Rassismus wird in diesen Zeiten gerne und häufig, seltenst passend, meist unpassend von Journalisten und anderen Machern veröffentlichter Meinung zum Zweck der Mundtotmachung angeworfen, wo anderes – nämlich die offene Auseinandersetzung mit dem Fremden – den Diskurs der Öffentlichkeit nötig hätte. Rassism im Sinne des Begriffs ist nur eine verschwindend kleine Minderheit unserer Gesellschaft. Die Herausstellung des Umstands eines indischen Oberklassenvaters bei einem genuinen Bonner lässt allerdings einmal mehr den inversen Rassismus deutlich werden, in den das kollektive Schuld-Unterbewusste unserer „Gutmenschen“-Gesellschaft durch jahrzehntelange Fokussierung des Geschichtsunterrichts auf die Verbrechen der Nazizeit lähmend verstrickt ist.

ALBERT PETERMANN, BONN

Jedes Jahr eine neue Großstadt

Die Zahl der Asylbewerber in Deutschland wird in diesem Jahr auf über 800.000 steigen, so vermutet es die Bundesregierung, und so berichtet auch die F.A.Z. immer wieder. Diese Asylbewerber werden weit überwiegend bleiben, allen Appellen zum Trotz, die Abgewiesenen schnell wieder in ihre Heimatländer zurückzuschicken.

Denn die Abgewiesenen brauchen nur zu verschweigen, was ihr Heimatland ist, und schon können sie bleiben. Zusätzlich zu den Asylbewerbern kommen aber auch noch Hunderttausende weitere Zuwanderer, und auch die Zahl dieser Menschen wird deutlich wachsen. Denn bei den gegenwärtigen Asylbewerbern handelt es sich zu über 80 Prozent um junge Männer, die im Regelfall ihre Familien nachholen werden, sobald sie hier ein Bleiberecht erlangt haben. Da wir die Zuwanderungsregelungen des demokratischen Australiens als faschistisch und rassistisch ablehnen, wird die Zahl der Immigranten also vermutlich weiter steigen.

Aber selbst wenn wir ganz optimistisch davon ausgehen, dass pro Jahr nur gut eine Million Menschen dazukommen, und wir dabei völlig ausblenden, dass sie überwiegend aus regional und kulturell sehr fernen Regionen kommen, so müssen diese Menschen materiell versorgt werden. Und wenn wir sie nicht in unseren Privatwohnungen aufnehmen wollen, dann müssen wir etwa alle anderthalb Jahre eine

Stadt von der Größe Hamburgs neu bauen – komplett mit Wohnungen, Straßen, U-Bahnen, Kliniken, Fabriken, Büros, Universitäten, Kläranlagen. Aber auch mit all den notwendigen Lehrern, Polizisten, Ingenieuren, Ärzten und so weiter. Das wird teuer, wenn das alle anderthalb Jahre nötig wird, und auf Dauer wird dann auch der Platz in Deutschland knapp. Ist es da wirklich verantwortbar oder gar klug, die Diskussion solcher Fragen mit Rechtsradikalismus-Vorwürfen abzuwehren? Sind alle diejenigen, die sich von einer Zuwanderung im geschilderten Umfang fürchten, wirklich nur ein rassistischer Mob?

PROFESSOR DR. HERMANN VON LAER, UNIVERSITÄT VECHTA

Fern der Realität

Zum F.A.Z.-Magazin („Maximal Mode“, 12. September): Angesichts des Elends und der Armut in der Welt halte ich es für eine Ungeheuerlichkeit, dass Sie im aktuellen Magazin das Interview mit Patricia Rossignol abdrucken, einer Frau, die im Übermaß Geld für extrem teure Klamotten ausgibt. Das ist unverantwortlich! Dieser unglaublich verschwenderische Lebensstil zeugt von Rossignols völliger Entfernung von der Realität. Ich halte es für äußerst peinlich, sich solch einer Dekadenz zu rühmen.

MICHAEL LIENHART, 16 JAHRE, VILLINGEN

Böses Erwachen

Zum Beitrag von Jörg Baberowski „Europa ist gar keine Wertegemeinschaft“ (F.A.Z. vom 14. September): Deutsche Spitzenpolitiker wie Merkel und Gabriel wie von Sinnen: Mit Merkels Aussagen „Wir schaffen das“ und „Es gibt keine Obergrenze“ sowie mit Gabriels „500.000 oder auch mehr“-Bemerkung wird der massenhafte Zustrom von Flüchtlingen ins ABERWITZIGE gesteigert. Kontrollverlust in der Staatsführung – der Verstand setzt aus und wird durch eine reine Emotionalisierung und Fixierung auf Formeln ersetzt.

Ganz schlimm in diesem Kontext der Gleichklang in den meisten Medien: Bildauswahl völlig einseitig (Mütter mit Kindern im Fokus, die riesigen Gruppen von jungen Männern nur im Schwenk), der ertrunkene Junge an der türkischen Küste wird schamlos präsentiert. Berichte und Kommentare ebenfalls auf der personalen, emotionalen Schiene. Der Offenheitsjournalismus wird zur Mode – und alles kulminiert in der Flüchtlingsgala des ZDF. Da ist man dann am Rande der Pornographie – Moderator Kerner weiß, wie's geht. Die gesamte Film- und Comedy-Branche hat nun auch ein Thema – und prallt gegen Neonazis und jeden, der Sorgenfalten auf der Stirn hat. Die massiven Rechtsbrüche, die Rechtsbeugung und die Einladung zur unkontrollierten Einwanderung – alles weggewischt. Die Gleichschaltung bei Politik und Medien ist atemberaubend.

Ausnahmen sind die wenigen abwägenden Kommentare in der F.A.Z., wo vor al-

lem – dankenswerterweise – auch gewarnt wird vor dieser immensen fürchterlichen Polarisierung und Vereinfachung „Pro Flüchtling – oder Nazi“. In der F.A.Z. finden sich zumindest auf der Wirtschaftsseite Zweifel über den „Nutzen“ für den Arbeitsmarkt. Hier wird die Lüge enttarnt, dass vornehmlich Hochgebildete wie Ärzte und Ingenieure kommen. Man hat festgestellt, dass jede Menge Unqualifizierte, auch Analphabeten, kommen. Vereinzelt wird vorsichtig festgestellt, dass ein Asylgesetz wohl nicht für eine Völkerwanderung gemacht sei ...

Das Land am Rande einer Psychose: Die Medien und Teile einer verführten und falsch informierten Bevölkerung folgen der Manipulation von oben.

Es wird ein ganz böses Erwachen geben – wenn die von oben inszenierte „Flüchtlingsgala“ in vielen kleinen Tragödien endet. Dann werden keine Blumen-schwenker mehr zu sehen sein. Vielleicht erinnern sich die Medien dann an die Aussage von Grünen-Politikerin Claudia Roth, der in der „Maischberger“-Talkrunde die bemerkenswerte Bemerkung herausrutschte, dass wohl ein Teil der Flüchtlinge „nicht unmittelbar verwertbar“ seien. Höchst interessant übrigens, dass die fast gleichgeschaltete Presse diese Feststellung klammheimlich unter den Tisch fallen ließ. Allein diese Bemerkung hätte bei allen anderen Politikern zur medialen Hinrichtung geführt.

JÜRGEN SABARZ, DUISBURG

Daten sind verbindlich vorgegeben

Wenn Klaus Ruß in seinem Artikel „Was sollen Schüler eigentlich lernen?“ (F.A.Z. vom 24. September) den saarländischen Geschichtslehrplan für Gymnasien als mechanistisch abwertet, stellt sich die Frage, ob Kompetenzen seiner Meinung nach isoliert voneinander vermittelt (und erworben) werden sollen. Das kann doch wohl nicht ernsthaft seine Auffassung sein. Falsch ist die – im Zusammenhang mit einer schulischen Fachkonferenz aufgestellte – Behauptung, dass unklar bleibe, „ob die Schüler überhaupt Geschichtszahlen lernen sollen“.

Denn für fast alle Themenfelder in den Klassenstufen 6 bis 9 werden präzise Vorgaben gemacht, eingeleitet im Bereich Orientierungskompetenz mit Formulierungen wie: „Die Schülerinnen und Schüler ordnen den historischen Zeitabschnitt an Hand folgender Daten ein ...“ Für das Römische Reich sind es zum Beispiel fol-

gende Daten: „753 v. Chr. sagenhafte Gründung Roms; 218–201 v. Chr. 2. Punischer Krieg; um 30 v. Chr. Übergang von der Republik zum Kaiserreich; 391 Christentum Staatsreligion; zwischen dem 4. und 6. Jahrhundert Völkerwanderung“. Für die Französische Revolution und die Zeit Napoleons: „14. 7. 1789 Sturm auf die Bastille; 1792–1815 Kriege Frankreichs mit den europäischen Großmächten; 1793/94 Zeit des „Terreur“; 1799 Staatsstreich Napoleons; 1804 Napoleon Kaiser der Franzosen; 1806 Ende des Römisch-Deutschen Kaiserreichs“. Daten, die sich auf Kernaspekte des Zeitalters beschränken, aber eben verbindliche Daten. Ein Geschichtsunterricht, der tatsächlich ganz auf Daten verzichtete, wäre ein Nonsens!

BERNHARD W. PLANZ, SCHIFFWEILER-STENNWEILER